

Bundeseinheitliche Erhebung zur stoffgebundenen Suchtproblematik im Justizvollzug

9. Europäische Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft
Wien 22. September 2017

Auslöser, Grundanliegen

115. Sitzung des Strafvollzugausschusses der Länder im Mai 2012

- Präsentation der damaligen Drogenbeauftragten der Bundesregierung vorhandener Zahlen zum Themenkomplex Drogen/Sucht in den deutschen Justizvollzugsanstalten
- Diskussion zu den als fehlerhaft bewerteten Zahlen
- Auftrag des Strafvollzugausschusses der Länder zur Bildung einer Länderarbeitsgruppe unter der Federführung von Berlin:

Vorbereitung und Umsetzung einer bundeseinheitlichen Erhebung
zur stoffgebundenen Suchtproblematik im Justizvollzug

Vorbereitung

- Bildung der Länderarbeitsgruppe unter Beteiligung aller Bundesländer
- Analyse der bisherigen Erhebungen zum Themenkomplex Drogen/Sucht in den Bundesländern
- Diskussion, Abstimmung und Entscheidung, welche Datensätze bundeseinheitlich zu erheben sind
- Diskussion, Abstimmung und Entscheidung, wann und in welcher Form die Datensätze zu erheben sind und wohin diese weitergegeben werden
- Beschluss des Strafvollzugausschuss der Länder:

Ab 2016 wird in allen deutschen Justizvollzugsanstalten eine einheitliche Erhebung von Daten zum Themenbereich Drogen/Sucht eingeführt

Erhebungsgrundlagen	Zahlen (31. August 2016)
Justizvollzugsanstalten in Deutschland	181
Belegung insgesamt (alle Vollzugsarten)	64.193
<i>davon männliche Inhaftierte</i> (Jugendliche, Erwachsene)	60.466
<i>davon weibliche Inhaftierte</i> (Jugendliche, Erwachsene)	3.727

Wichtige Grundlagen für eine einheitliche Erhebung

- Bereitschaft zur Erhebung in den einzelnen Justizvollzugsanstalten
- Erkennen des Mehrwertes für die einzelne Justizvollzugsanstalt und die Landesjustizverwaltungen
- Machbarkeit der Umsetzung in den einzelnen Justizvollzugsanstalten
- Bisherige Erhebungen im Themenbereich als Übertragungsmöglichkeit
- Kenntnisse über Diagnosekriterien nach ICD 10 (WHO)

Datensätze

Stichtagserhebung am 31. März des Jahres

- Anzahl der suchtmittelabhängigen Inhaftierten/Verwahrten, mit
Hauptsubstanz (Substanzabhängigkeit, Diagnosekriterien nach ICD 10)
- Anzahl der Inhaftierten/Verwahrten mit Suchtmittelmissbrauch, mit
Hauptsubstanz (Substanzmissbrauch, Diagnosekriterien nach ICD 10)
- Anzahl der substituierten Inhaftierten/Verwahrten

Datensätze

Jahresverlaufserhebung Auswertung des Kalenderjahres

- Anzahl der medizinisch begleiteten Entgiftungen
- Anzahl der Entlassenen in eine stationäre/ambulante Suchtentwöhnungsbehandlung im Rahmen einer Zurückstellung der Strafvollstreckung gem. § 35 BtMG
- Anzahl der Entlassungen in eine stationäre/ambulante Suchtentwöhnungsbehandlung im Rahmen einer Aussetzung des Restes der Strafe gem. § 88 JGG oder § 57 StGB

Mögliche Einschränkung in der Datenobjektivität

- Diagnosevergabe als individuelle Schwerpunktsetzung
- Beschränkung auf eine Diagnose mit einer Hauptsubstanz
- Zeitpunkt der Diagnosevergabe (bei Aufnahme, fortlaufend, anlassbezogen?)
- Auskunftsbereitschaft der Inhaftierten
- u.a.

Die bundeseinheitliche Erhebung wird nach zwei Jahren (2018) überprüft, gegebenenfalls geändert, erweitert oder eingeschränkt.

Datenempfänger

Die zusammengefassten Daten (ohne Länderaufschlüsselung) werden durch die Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung weitergeleitet an:

- Alle Landesjustizverwaltungen
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Gesundheit
- Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung
- Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht

Erhebungsumsetzung Berlin

Daten	Zuständig	Auswertung
Substanzmittelabhängigkeit	Med. Dienst	Basis-Web ÄD*
Substanzmissbrauch	Med. Dienst	Basis-Web ÄD
Substitution	Med. Dienst	Basis-Web ÄD
Med. begleitete Entgiftungen	Med. Dienst	Basis-Web ÄD
Entlassungen gem. § 35 BtMG	Sozialdienst	SoPart und VG
Bedingte Entlassungen	Sozialdienst	SoPart und VG

*Basis-Web und SoPart sind Fachverfahren zur personenbezogenen Datenerfassung

Ergebnisse Berlin (Auszug)

Gesamtbelegung (ohne Arrestanten) am 31.03.2016: **3.992**

Substanzabhängigkeit m/w alle Vollzugsformen: 1.075 = 26,92 %

Substanzmissbrauch m/w alle Vollzugsformen: 499 = 12,50 %

Substanzbelastung insgesamt: 1.574 = 39,42 %

Substituierte unter den Substanzbelasteten m/w alle
Vollzugsformen:

169 = 10,73 %

Justizvollzugsanstalten - Aufgaben

Justizvollzugsanstalt Tegel	Geschlossener Männervollzug Sicherungsverwahrung
Justizvollzugsanstalt Moabit	Untersuchungshaft
Justizvollzugsanstalt Plötzensee	Geschlossener und offener Männervollzug Justizvollzugskrankenhaus
Justizvollzugsanstalt Heidering	Geschlossener Männervollzug
Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin	Offener Männervollzug
Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin	Geschlossener und offener Frauenvollzug
Jugendstrafanstalt Berlin	Geschlossener und offener Jugendvollzug
Jugendarrestanstalt Berlin	Jugendarrestvollzug

Justizvollzugsanstalten - Belegungsfähigkeit - Belegung

(Stand: Juni 2016)

Justizvollzugsanstalt Tegel	924	839
Justizvollzugsanstalt Moabit	918	889
Justizvollzugsanstalt Plötzensee	530	455
Justizvollzugsanstalt Heidering	647	610
Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin	908	693
Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin	194	195
Jugendstrafanstalt Berlin	432	317
Jugendarrestanstalt Berlin	60	18

Gesamt:

4.613

4.016

Der Berliner Justizvollzug



JVA Tegel

Der Berliner Justizvollzug



JVA Moabit

Der Berliner Justizvollzug



JVA Heidering

Der Berliner Justizvollzug



JVA Plötzensee

Der Berliner Justizvollzug



JVA des Offenen Vollzuges



Der Berliner Justizvollzug



Jugendstrafanstalt

Der Berliner Justizvollzug



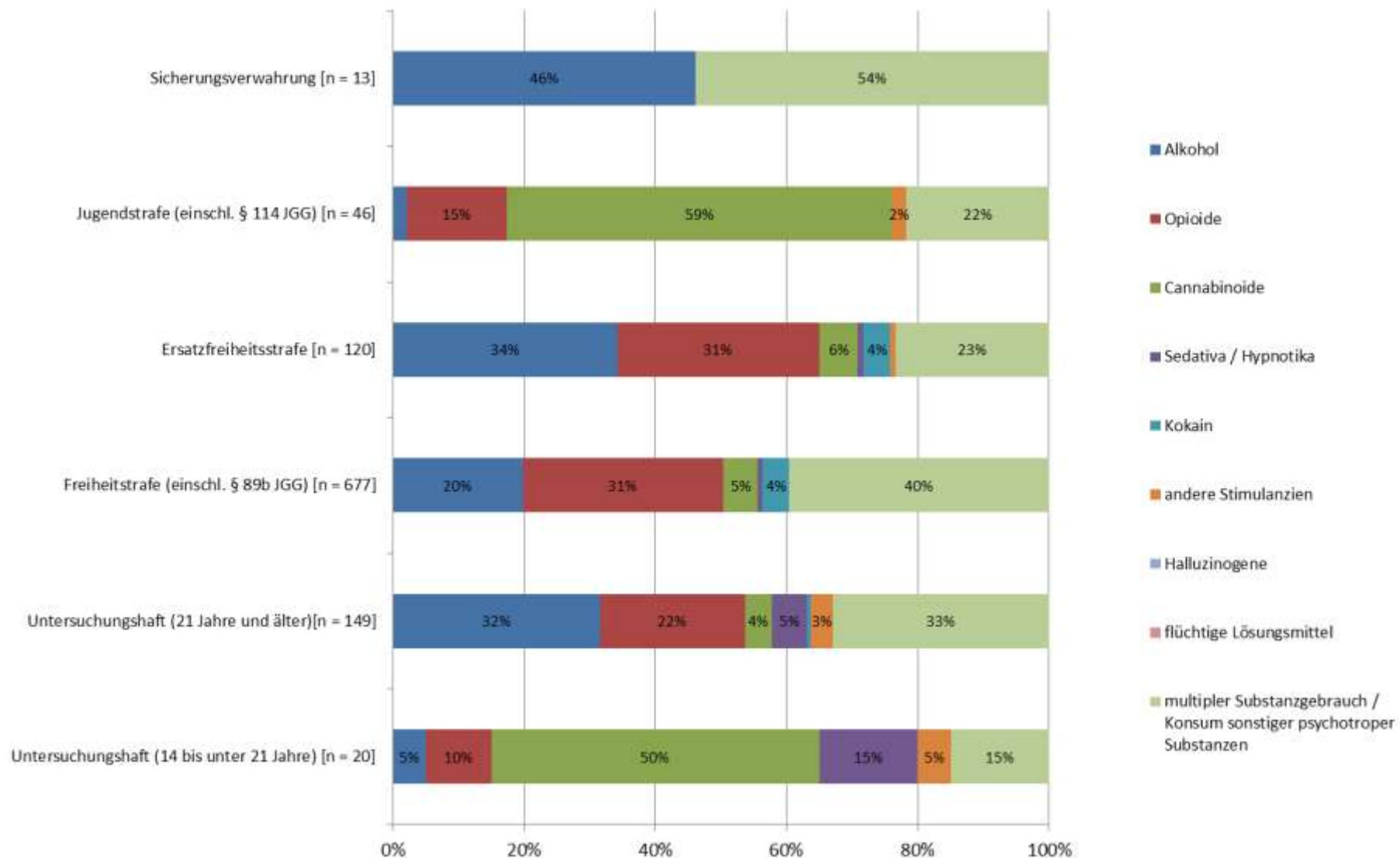
JVA für Frauen

Der Berliner Justizvollzug



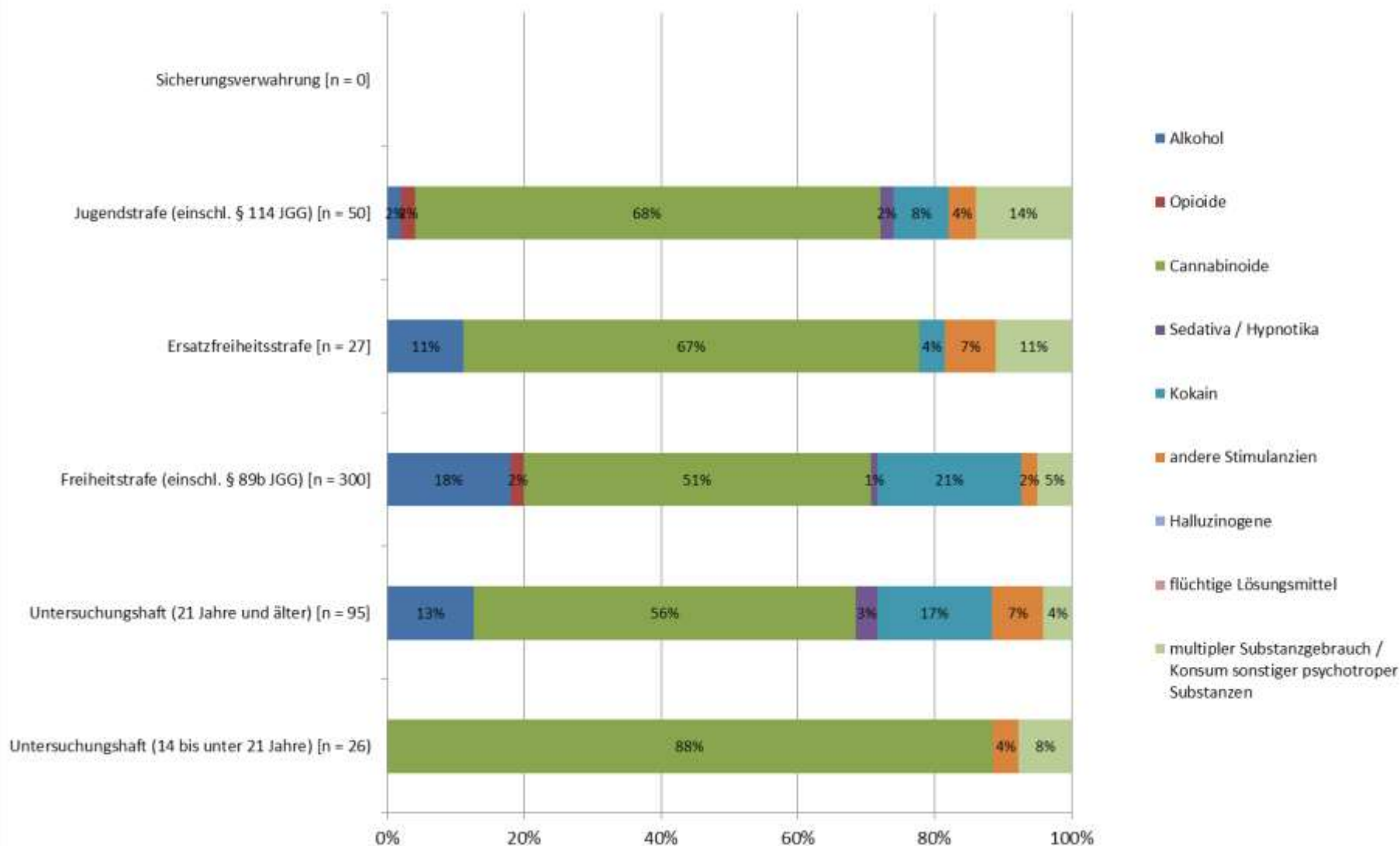
Substanzabhängigkeit (m)

Substanzabhängigkeit - männliche Gefängene / Verwahrte



Substanzmissbrauch (m)

Substanzmissbrauch - männliche Gefangene / Verwahrte



Problemsituation

- Zwei von 16 Bundesländern konnten die erste Stichtagserhebung am 31.03.2016 nicht umsetzen
- Somit konnten keine bundeseinheitlichen Daten weitergegeben werden
- Notwendigkeit der Abstimmung im auftraggebenden Gremium
- Information aller beteiligten Institutionen
- Überprüfung einer notwendigen Nachsteuerung